

582762-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – TNW_ARCH_Antoniushaus gGmbH_Erweiterung Peter-Josef-Briefs Schule
OJ S 162/2026 24/08/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Antoniushaus gGmbH

E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: TNW_ARCH_Antoniushaus gGmbH_Erweiterung Peter-Josef-Briefs Schule

Beschreibung: Die Peter-Josef-Briefs Schule in Hochheim wird um einen Erweiterungsneubau ergänzt und der Bestand später saniert. Für die Sanierung und Erweiterung wurde im Jahr 2020 bereits ein VgV-Verfahren für die Objektplanung Gebäude u. Innenräume durchgeführt, die Planungsleistungen sowie die Bauausführung für den Erweiterungsneubau wurden bereits begonnen (der Rohbau steht bereits). Das bestehende Vertragsverhältnis wurde jedoch beendet, derzeit sind daher im Leistungsbild Objektplanung Gebäude u. Innenräume gem. § 34 Abs 3 HOAI i.V.m. Anl. 10 Nr. 10.1 noch Teilleistungen der Lph. 5-7 für einen Teil des Erweiterungsneubaus sowie die Lph. 8-9 für einen Großteil des Erweiterungsneubaus ausstehend. Die Sanierung des Bestandsgebäudes wird gesondert ausgeschrieben. Als Besondere Leistung wird die Mitwirkung bei der Abrechnung der Fördermittel inkl. Erstellung des Verwendungsnachweises, die Erstellung monatlicher Statusberichte, optional die Vorbereitung und Teilnahme an Moratoriumssitzungen, die Überwachung der Mängelbeseitigung sowie die Bauleitung nach § 59 HBO benötigt. Zudem ist vorab eine Prüfung der vorhandenen Gewerke notwendig, ob diese nochmals überplant und neu ausgeschrieben werden müssen, notwendig.

Kennung des Verfahrens: 9735da46-2314-402c-8099-729de1ef7718

Interne Kennung: 108-1/26

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71251000 Dienstleistungen von Architekturbüros und Bauabnahme, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Peter-Josef-Briefs-Schule, Burgeffstraße 42

Stadt: Hochheim am Main

Postleitzahl: 65239

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YHYM7KV# Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Einzelbewerber/-bieter oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen/-angebote einzelner Mitglieder einer ARGE sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerber-/Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren. Die entsprechenden Erklärungen sind mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Bewerbungen / Angebote sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten Bewerbungs- / Angebotsunterlagen zulässig. Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die Vergabeplattform zu stellen. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über das Deutsche Vergabeportal (DTVP), um sicherzustellen, dass Bewerber/Bieter und Vergabestelle über empfangene Nachrichten auch eine E-Mail-Benachrichtigung erhalten. Das Formular "Teilnahmeantrag_Bewerbungsbogen" ist zwingend einzureichen. Die Bewerbung selbst sowie das Angebot muss elektronisch über die Vergabeplattform über das herunterzuladende Bietertool oder die webbasierte Anwendung unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" bzw. "Angebote" (NICHT als Nachricht oder per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw. die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine Registrierung auf der Vergabeplattform empfohlen. Sollten Fragen zu den Vergabeunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber/Bieter eine Mitteilung hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung ist der Bewerber/Bieter selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder Antworten gibt. Fragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Fristablauf) zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung). Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid gem. § 75 Abs. 6 VgV getroffen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB. Der Bewerber hat im Rahmen einer Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren -gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendegesetz oder -gem. § 98c Aufenthaltsgesetz oder -gem. § 19 Mindestlohngesetz oder -gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 und 2

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Bei Einsatz anderer Unternehmen (ARGE-Partner oder Nachunternehmer) sind die entsprechenden Erklärungen ebenfalls mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Der Bewerber hat anzugeben, inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung-Russland" auszufüllen und als Teil des Teilnahmeantrages abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: TNW_ARCH_Antoniushaus gGmbH_Erweiterung Peter-Josef-Briefs Schule

Beschreibung: 1. Projektbeschreibung Die Antoniushaus gGmbH befindet sich im Bau einer Schulerweiterung für die Peter-Josef-Briefs-Schule in Hochheim am Main. Es handelt sich um eine Förderschule mit zurzeit 166 Schülern mit Förderbedarfen in der körperlichen und motorischen Entwicklung. Der geplante Erweiterungsbau ist als Anbau an die Bestandsschule als 2-geschossiger Massivbau konzipiert. Neben ergänzenden Klassenräumen soll die Erweiterung den Schulbetrieb auch um Fachklassenräume ergänzen. Die Sanierung des Bestandsgebäudes wird parallel in einem Teilprojekt geplant und ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung. 2. Aktueller Stand des Bauvorhabens Zum Zeitpunkt der Ausschreibung befindet sich das Projekt im Bau - ein Großteil der Gewerke ist vergeben, der Rohbau ist abgeschlossen, die Hülle in großen Teilen hergestellt, erste Leistungen im Ausbau wurden erbracht. Bei einzelnen bereits ausgeführten Bauteilen bestehen Hinweise auf technische beziehungsweise planerische Abweichungen. Umfang, Ursachen und Auswirkungen sind im Rahmen der ausgeschriebenen Leistungen fachlich zu untersuchen. Nach derzeitiger Einschätzung können hieraus Anpassungs-, Sanierungs- oder Rückbaumaßnahmen erforderlich werden. Zurzeit ist die Ausführung von Bauleistungen auf der Baustelle gestoppt. Ziel der Beauftragung ist es, durch die Übernahme, Prüfung, Konsolidierung und erforderliche Überarbeitung der vorhandenen Planung eine belastbare Grundlage für die geordnete Fortführung des Projekts zu schaffen. Hierzu sind insbesondere offene Planungsfragen und Schnittstellen zu klären, erforderliche Sanierungs-, Änderungs- und Rückbaumaßnahmen planerisch zu bearbeiten sowie Kosten-, Termin- und Ausführungsgrundlagen fortzuschreiben. Nach Abschluss und Freigabe der hierfür erforderlichen Planungsschritte soll die Bauausführung auf Grundlage abgestimmter und ausführungsfähiger Unterlagen in einen

geregelten Planungs-, Vergabe- und Bauprozess überführt und anschließend fortgesetzt werden. 3. Leistungsumfang Gegenstand der Beauftragung sind die Leistungen der Objektplanung Gebäude für die Leistungsphasen 5 bis 9 gemäß HOAI. Der Schwerpunkt liegt auf der planerischen Fertigstellung und Realisierung der noch ausstehenden Ausbaugewerke sowie auf der geordneten Wiederaufnahme und Fortführung der Bauausführung. Der Leistungsumfang umfasst insbesondere: - die Übernahme, Sichtung und Plausibilisierung der vorhandenen Planungs-, Genehmigungs-, Ausschreibungs- und Ausführungsunterlagen, - die Prüfung der vorhandenen Unterlagen auf Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit, Ausführbarkeit und Übereinstimmung mit dem vorgefundenen Bauzustand, - die Einarbeitung in den vorhandenen Planungs- und Ausführungsstand, - die Klärung offener Planungsfragen und Schnittstellen zwischen Objektplanung, Fachplanungen, ausführenden Unternehmen und Bestand, - die erforderliche Überarbeitung, Ergänzung und Fortschreibung der Ausführungsplanung, - die planerische Bearbeitung, Vergabe und Objektüberwachung erforderlicher Korrektur-, Sanierungs-, Änderungs- und Rückbaumaßnahmen, - die Erstellung einer abgestimmten, belastbaren und ausführungsreifen Planungsgrundlage, - die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe noch ausstehender oder erneut zu vergebender Leistungen sowie sämtlicher notwendig werdender Nachtragsleistungen, - die Objektüberwachung der weiteren Bauausführung einschließlich Mängelverfolgung, Abnahmen und Dokumentation sowie - die Objektbetreuung und Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb des vereinbarten Leistungsumfangs der Leistungsphase 9. Der Schwerpunkt der Leistungen liegt auf den Ausbaugewerken. Mitumfasst sind jedoch auch die im Zusammenhang mit der Projektfortführung erforderlichen punktuellen Nacharbeiten, Anpassungen und Schnittstellenleistungen an den bereits hergestellten Bauteilen (Rohbau, Fassade, Dach). Eine vollständige Neuplanung der Gebäudehülle ist nicht Gegenstand der Beauftragung, soweit sich aus den Vergabeunterlagen oder späteren Untersuchungsergebnissen nichts Abweichendes ergibt. Für die Leistungsphase 5 liegen bereits Planungsunterlagen in unterschiedlichem Bearbeitungsstand vor. Diese Unterlagen sind als Arbeitsgrundlage zu verwenden, soweit sie nach fachlicher Prüfung für die weitere Planung geeignet sind. Ihre Übergabe entbindet den Auftragnehmer nicht von der geschuldeten Prüfung, Koordination, Ergänzung und erforderlichen Überarbeitung im Rahmen des beauftragten Leistungsumfangs. Ziel der Beauftragung ist die Herstellung eines konsistenten, fachlich abgestimmten und ausführungsreifen Planungsstands sowie die anschließende Fortführung des Projekts in einem geregelten Vergabe- und Bauprozess bis zum Abschluss der Baumaßnahme und der vereinbarten Objektbetreuung. Hierfür werden im Leistungsbild Objektplanung Gebäude u. Innenräume gem. § 34 Abs 3 HOAI i.V.m. Anl. 10 Nr. 10.1 noch Teilleistungen der Lph. 5-7 für einen Teil des Erweiterungsneubaus sowie die Lph. 8-9 für einen Großteil des Erweiterungsneubaus beauftragt. Die konkreten Vergütungsregelungen sind dem Honorarblatt zu entnehmen. Als Besondere Leistung wird die Mitwirkung bei der Abrechnung der Fördermittel inkl. Erstellung des Verwendungsnachweises, die Erstellung monatlicher Statusberichte, optional die Vorbereitung und Teilnahme an Moratoriumssitzungen, die Überwachung der Mängelbeseitigung sowie die Bauleitung nach § 59 HBO benötigt. Zudem ist vorab eine Prüfung der vorhandenen Gewerke notwendig, ob diese nochmals überplant und neu ausgeschrieben werden müssen, notwendig.

Interne Kennung: 108-1/26

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71251000 Dienstleistungen von Architekturbüros und Bauabnahme, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Peter-Josef-Briefs-Schule, Burgeffstraße 42

Stadt: Hochheim am Main

Postleitzahl: 65239

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# Die Zuschlagskriterien

werden ausschließlich in den Vergabeunterlagen aufgeführt. Mit den Vergabeunterlagen

werden die Bestandspläne und die Baugenehmigung zur Verfügung gestellt. In Stufe 2 des

Verfahrens werden weitere, vertieftere Unterlagen veröffentlicht. Folgende Zeitschiene ist

vorgesehen: - Sofortiger Beginn nach Beauftragung - Bauumsetzung ab Mitte 2027 -

Fertigstellung grob bis Ende 2028 Die Sanierung des Bestandsgebäudes

(Architektenleistungen) wird gesondert ausgeschrieben.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Beabsichtigt der Bewerber Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer) oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages der Fähigkeiten anderer Unternehmen im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so müssen im Bewerberbogen entsprechende Angaben eingetragen werden. Wenn ein Bewerber oder Bieter die Vergabe eines Teils des Auftrags an einen Dritten im Wege der Unterauftragsvergabe beabsichtigt und sich damit zugleich im Hinblick auf seine wirtschaftliche und finanzielle und/oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit (gemäß den §§ 45 und 46 VgV) auf die Kapazitäten dieses Dritten (= Eignungsleihe) beruft, sind die entsprechenden Anteile im Teilnahmeantrag darzustellen. Im Falle einer Eignungsleihe muss mit dem Teilnahmeantrag nachgewiesen werden, dass dem Bewerber die Leistungsfähigkeit des Dritten tatsächlich zur Verfügung steht. Dies erfolgt durch eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Dritten. Zudem sind in diesem Fall auch für

den Dritten alle erforderlichen Erklärungen und Nachweise mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen, die ansonsten für den Bewerber gelten. Für den Fall der Eignungsleihe in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht ist eine Erklärung zur gemeinsamen Haftung für die Auftragsausführung notwendig. Eine Eignungsleihe in Bezug auf die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung ist nur zulässig, wenn das eignungsleihende Unternehmen auch die Leistungen erbringt, für die diese Kapazitäten benötigt werden, § 47 Abs. 1 S. 2 VgV. Referenzen von Dritten müssen in der Excel-Übersicht zu Referenzen klar als Referenz des Dritten erkennbar sein, als Auftragnehmer der Referenz ist das dritte Unternehmen anzugeben. Jeder zur Eignung herangezogene Unterauftragnehmer muss das Formular "Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" ausfüllen und unterschreiben (in gescannter Form ausreichend) und ggf. notwendige Nachweise mit dem Teilnahmeantrag erbringen. Möchte ein Bewerber - auch als Mitglied einer ARGE - die Leistungsfähigkeit eines Dritten (Eignungsleihe) in Anspruch nehmen, muss er nachweisen, dass ihm diese tatsächlich zur Verfügung steht. Dies erfolgt durch eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Dritten. In diesem Fall sind zudem für den Dritten alle Erklärungen und Nachweise vorzulegen, die auch für den Bewerber erforderlich sind. Die entsprechenden Erklärungen sind vom Unterauftragnehmer zu unterschreiben; eine gescannte Unterschrift ist ausreichend.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: - Nachweis Berechtigung zur Führung einer Berufsbezeichnung Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder Diplomurkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH /FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) mit dem Teilnahmeantrag zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben. Nachweis der Bauvorlageberechtigung gem. § 67 Abs. 3 HBO

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufs- und / oder Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 1,5 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an

Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend. Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungskriterium: Eigenerklärung über den Umsatz: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der

Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben. Nachweis auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen. Mindestkriterium: 150.000 EUR Umsatz / Jahr im Durchschnitt der letzten drei Jahre (sollte das Unternehmen noch keine 3 Jahre bestehen, wird der bisherige Umsatz durch 3 geteilt) Auswahlkriterium: Gesamtumsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre 50 Punkte: ab 350.000 EUR Umsatz / Jahr 40 Punkte: ab 300.000 EUR Umsatz / Jahr 30 Punkte: ab 250.000 EUR Umsatz / Jahr 20 Punkte: ab 200.000 EUR Umsatz / Jahr 10 Punkte: ab 150.000 EUR Umsatz / Jahr

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 50,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungskriterium: Eigenerklärungen über das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten mit vergleichbaren Berufszulassungen. Nachweis der Personalstärke auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle. Nachweis Mindestkriterium mit dem Teilnahmeantrag Mindestkriterium: (aktuell) 1 bauvorlageberechtigte/r Architekt/in / Ingenieur/in oder vergleichbare

Berufszulassung (Bauvorlageberechtigung gem. § 67 Abs. 3 HBO entscheidend)

Auswahlkriterium: Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre 50 Punkte: ab 3 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen/ Techniker/-innen (davon mind. 1

bauvorlageberechtigte Person) 30 Punkte: ab 2 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen / Techniker/-innen (davon mind. 1 bauvorlageberechtigte Person) 10 Punkte: ab 1 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen / Techniker/-innen (davon mind. 1 bauvorlageberechtigte Person)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 50,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungskriterium: Eigenerklärungen über Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen /Projektdatenblätter" zu machen): Es sind geeignete Referenzen über vom Bewerber

erbrachte Dienstleistungen aufzulisten. Referenzprojekte finden nur insoweit

Berücksichtigung, als die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) zwischen

01.01.2016 und dem Ablauf der unter 5.1.12 genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. (Hinweis:

Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme)

maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen) Es werden vergleichbare Referenzen

gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV verlangt. Es werden nur die geforderten Angaben berücksichtigt:

- Auftraggeber - Art der Durchführung - Bauen im Bestand - Erfahrung mit Fördermitteln - Erfahrung mit laufendem Betrieb (im Nebengebäude) - Leistungsumfang mind. 90 % der abgefragten Leistungen in den Leistungsphasen 5-8 des Leistungsbildes Objektplanung und Gebäude erbracht - Erfahrung mit Übernahme eines Projektes bzw. späterem Projekteinstieg erst nach Lph. 4 - Größenordnung des Projekts: Größenordnung - mehr als 1,5 Mio. EUR netto (KG 200-700): . Auswahlkriterium: Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) im Zeitraum 01.01.2016 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. [HINWEIS: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist der Abschluss die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit /Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen]. Die Anzahl der Referenzen werden jeweils anhand nachstehender Kriterien bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Eine Referenz kann (muss aber nicht) mehrere oder auch alle Kriterien gleichermaßen erfüllen. Die Höchstpunktzahl kann daher mit 3 oder mit bis zu 14 Referenzen erreicht werden.

Kriterium 1: Art der Durchführung - Bauen im Bestand - 50 Punkte: 3 Referenzen aus diesem Bereich - 30 Punkte: 2 Referenzen aus diesem Bereich - 10 Punkte: 1 Referenz aus diesem Bereich

Kriterium 2: Erfahrung mit Fördermitteln - 50 Punkte: 1 Referenz mit entsprechender Erfahrung - 0 Punkte: Keine Erfahrung vorhanden

Kriterium 3: Erfahrung mit laufendem Betrieb (im Nebengebäude) - 50 Punkte: 2 Referenz mit entsprechender Erfahrung - 25 Punkte: 1 Referenz mit entsprechender Erfahrung - 0 Punkte: Keine Erfahrung vorhanden

Kriterium 4: Leistungsumfang - mind. 90 % der abgefragten Leistungen in den Leistungsphasen 5-8 des Leistungsbildes Objektplanung und Gebäude erbracht - 50 Punkte: 3 Referenzen mit entsprechender Leistungserbringung - 30 Punkte: 2 Referenzen mit entsprechender Leistungserbringung - 10 Punkte: 1 Referenz mit entsprechender Leistungserbringung [Hinweis: Bei Leistungen, die nicht nach der HOAI erbracht wurden (bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder durch Büros außerhalb Deutschlands), ist darzulegen, dass die erbrachten Leistungen mit denen der HOAI vergleichbar waren.]

Kriterium 5: Erfahrung mit Übernahme eines Projektes bzw. späterem Projekteinstieg erst nach Lph. 4 - 50 Punkte: 2 Referenzen mit entsprechender Erfahrung - 25 Punkte: 1 Referenz mit entsprechender Erfahrung

Kriterium 6: Größenordnung - mehr als 1,5 Mio. EUR netto (KG 200-700): - 50 Punkte: 3 Referenzen mit entsprechender Größenordnung - 30 Punkte: 2 Referenzen mit entsprechender Größenordnung - 10 Punkte: 1 Referenz mit entsprechender Größenordnung

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 300,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHYM7KV/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHYM7KV>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 22/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der öffentliche Auftraggeber kann gemäß § 56 Abs. 2 S. 1 VgV den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende Unterlagen zu übermitteln oder unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen zu ergänzen, zu erläutern, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Eine Nachforderung der Excel-Tabelle zu den Referenzangaben ("Anlage 3 Bewerbungsbogen_Projektdaten Referenzen") ist ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es gelten die gesetzlichen

Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB. Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung

oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren -gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendengesetz oder -gem. § 98c Aufenthaltsgesetz oder -gem. § 19

Mindestlohngesetz oder -gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 und 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen

oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Der Bewerber hat anzugeben, inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung-Russland" auszufüllen und als Teil des Teilnahmeantrages abzugeben.

Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Hessen, Regierungspräsidium Darmstadt,

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem

Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, 5. ein offensichtlicher Missbrauch des Antrags- oder Beschwerderechts gemäß § 180 Absatz 2 vorliegt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Antoniushaus gGmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Antoniushaus gGmbH

Registrierungsnummer: USt. DE-814316642

Postanschrift: Burgeffstraße 42

Stadt: Hochheim am Main

Postleitzahl: 65239

Land, Gliederung (NUTS): Main-Taunus-Kreis (DE71A)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB

E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de

Telefon: +49 94129734-10

Fax: +49 94129734-11

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB

Registrierungsnummer: DE 188865506

Postanschrift: Hoppestraße 7

Stadt: Regensburg

Postleitzahl: 93049

Land, Gliederung (NUTS): Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabeabteilung

E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de

Telefon: +49 94129734-10

Fax: +49 94129734-11

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Hessen, Regierungspräsidium Darmstadt,

Registrierungsnummer: Tel.: 06151 12-6603
Postanschrift: Luisenplatz 2
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: 06151 12-6603
Fax: +49 611 327 648534
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8638d802-370b-4770-a354-232adad5cbad - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 21/08/2026 09:29:59 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 582762-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 162/2026
Datum der Veröffentlichung: 24/08/2026